



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 11017 Berlin  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Sören Pellmann  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Kerstin Griese**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin  
Postanschrift: 11017 Berlin

Tel. +49 30 18 527-1070

Fax +49 30 18 527-2479

[buero.griese@bmas.bund.de](mailto:buero.griese@bmas.bund.de)

Berlin, 3. Juli 2020

**Schriftliche Frage im Juni 2020**

**Arbeitsnummer 400**

Sehr geehrter Herr Kollege,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

*Kerstin Griese*

**Schriftliche Frage im Juni 2020**

**Arbeitsnummer 400**

Frage Nr. 400:

Welche Möglichkeiten zur Finanzierung von Schutzausrüstung im Rahmen der Corona-Krise bieten nach Kenntnis der Bundesregierung die Förderprogramme des Bundes für Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und welche weiteren Programme zur Finanzierung von Schutzausrüstung für WfbM und Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung sind seitens der Bundesregierung geplant?

Antwort:

Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Konjunkturpaket zusammengestellt, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie anzugehen. Das Konjunkturpaket enthält eine Vielzahl gezielter Maßnahmen im Gesamtumfang von 130 Milliarden Euro. Darin vorgesehen ist auch, dass der Bund eine nationale Reserve an persönlicher Schutzausrüstung aufbauen wird. Dazu wird aktuell ein Konzept erstellt. Die Bundesregierung plant, die entsprechende Erstausrüstung dieser Reserve mit einer Summe von bis zu einer Milliarde Euro finanziell zu unterstützen.

Dabei werden die Bedarfe insbesondere der Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen und der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) soweit möglich berücksichtigt. Dazu steht das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch im engen Austausch mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden sowie den in der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe zusammengeschlossenen Trägern der Eingliederungshilfe, deren gesetzliche Aufgabe es ist, zu gewährleisten, dass die WfbM ihre Aufgaben erfüllen können.